

Erscheint täglich
früh 6¹/₂ Uhr.
Redaktion und Geschäftsräume
Johanniskirche 33.
Sprechstunden der Redaktion:
Mittwochs 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingerichteter Nummern nicht hat die Redaktion verantwortung.
Abnahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Exemplare am Wochentag bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Feiertagen früh bis 10 Uhr.
In den Filialen für Zus. Annahme:
Ditte Stamm, Unterstrasse 22,
Luisa 20, Katharinenstr. 18, p.
nur bis 10 Uhr.

Ausgabe 16,000.

Abonnement je viertelj. 4¹/₂ M.
incl. Druckerlaubnis 5 M.
durch die Post bezogen 6 M.
Preis einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 18 Pf.
Gebühren für Extrablätter
ohne Postbeförderung 30 Pf.
mit Postbeförderung 45 Pf.
Inserate drg. Zeitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut auferthe
Postverordnung. — Tabellarischer
Satz nach höherem Tarif.
Reklamen unter dem Reklamenschild
die Spaltzeile 40 Pf.
Zusätze sind seit an d. Redaktion
zu leisten. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung praemumerando
oder durch Postnotiz.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Nr. 189.

Dienstag den 8. Juli 1879.

73. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Zu Folge des in den nächsten Tagen beginnenden Umbaus der Schleuse der Großen Windmühlenstraße wird diese Straße vorläufig längere Zeit für den Fahrverkehr gesperrt werden. Wir bringen dies bereits jetzt zur öffentlichen Kenntnis, damit die Einwohner der genannten Straße rechtzeitig für die etwa nötig werdende Räumung von Gruben, Anfuhr von Feuerungsmaterialien u. dergl. Vorsorge treffen können. Gleichzeitig fordern wir die Abzenteren bez. deren Stellvertreter hiermit nochmals auf, in Gemäßheit unserer Bekanntmachung vom 26. Juni d. J. rechtzeitig und spätestens bis zum 19. d. J. die erforderliche Genehmigung zur Einführung der Privatbeschleun. sowie der Halbtrockenschleusen nachzufordnen.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Bangemann.

Concurrenz auf Brückengeländer.

Die Sicherung von ca. 850 Meter eisernem Geländer auf Brücken zwischen Grimmaischau und Werba soll im Concurrenzwege, mit Vorbehalt der Auswahl unter den Bewerbern, an den Mindestforderungen vorgenommen werden.

Blanquell liegen im unterzeichneten Bureau aus. Rückende derselben ebendaselbst versiegelt und frankt sowie mit Aufschrift „Concurrenz“ bis mit 19. d. J. Mittag 12 Uhr.

Königliches Abteilung-Ingenieur-Bureau 1.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 7. Juli.

Der Sieg der Finanzölle war auch ohne namentliche Abstimmung entschieden, aber dennoch muss man es bedauern, dass bei einer so wichtigen Beschlussfassung ein Drittel oder mehr als ein Drittel aller Mitglieder des Reichstags fehlte. Von den Klerikern sollen manche, infolgender aus dem Westen, absichtlich fern geblieben sein, um nicht den Kaffee- und Petroleumzoll bewilligen oder andererseits gegen ihre Fraktion stimmen zu müssen. Aber auch die liberalen Parteien hatten viele Lücken aufzuweisen. Am Sonnabend hob sich noch einmal die parlamentarische Verhandlung auf ihre Höhe. Dies wird in der beginnenden Woche nur noch bei der Berathung des Frankensteinischen Antrags und vielleicht vor der Schlussabstimmung über die ganze Tarifvorlage geschehen. Dass dann am Sonnabend, 12. Juli, der Reichstag auskundet, scheint beschlossene Sache zu sein. Der Tarif wird im Ganzen mit ungefähr derselben Majorität angenommen werden, welche sich für den Kaffee- und Petroleumzoll entschied. Die nationalliberalen Abgeordneten, welche demzufolge wahrscheinlich aus ihrer Fraktion ausscheiden, werden also ausser Böll und Treitschke die Herren Bauer, Boretius, Henckel, Graeff, Klein, v. Ohlen, v. Puttkamer-Franckfurt, Renck, Römer-Württemberg, v. Schauß, Servaes, Stegemann und Wehrenflein sein. Die Gerüchte, dass der Regierung eine Stellung im Cultusministerium durch den Rücktritt Hall's bedroht sei, werden als absolut grundlos bezeichnet. Das Decretat über die technischen Lehranstalten ist ein so neutrales und unpolitisch, dass es nicht daran ankommt, welche Rolle der Mann, in dessen Händen es ist, im Cultuskampf gespielt hat, oder welcher religiösen oder politischen Richtung er angehört.

Aus der färmischen Fraktionssitzung der Nationalliberalen vom Dienstag wird übrigens nachträglich, wahrscheinlich durch die Einheitsamkeit des frontirenden Herrn v. Schauß an ein süddeutsches Blatt, noch einiges bekannt, was bisher noch verschwiegen war. Danach hat Fördernscheid, der bis dahin noch keine Sitzung besucht (was er als Reichstagspräsident auch nicht konnte), sich erhoben, um das ganze Verhältnis an der Boge dem Abgeordneten von Bennigsen zuzuschreiben, der in der Generaldebatte ebenso eigenmächtig wie unberechtigt durch seine bekannte Rede die besten Karten der Partei aus der Hand gegeben habe. Bennigsen verteidigte sich und seinen Standpunkt vorzüglich, auf die gläubliche Erfolge einer gemüthlichen Abstimmung hinweisend und die Verdienste des Reichstanzlers auch auf dem Finanzgebiete anerkennend. Dies reizte Fördernscheid, der es erfolgte einer jener sierigen Reden, die mehr hinausgehend als inhaltlicher sind. Die Rede hat eine förmliche Abilage an Bennigsen enthalten und den Rücktritt aus der Partei, wenn irgendemand für Finanzölle stimme, in unzweifelhafter Form angekündigt. So weit der unbekannte Gewöhrmann. Recht bezeichnend ist, dass er hinzufügt: „Für einen Unbedeckten müsste es ein großes psychologisches Interesse gehabt haben, Männer wie Fördernscheid und Bennigsen, beide bedeutende Redner, Politiker von großer Energie und Volksähnlichkeit, sich so gegenüber stehen und schuldig oder nichtschuldig plaudern zu hören, nachdem sie viele Jahre lang Hand in Hand gegangen waren und erst in Auseinsatz getrieben, als Herr von Bennigsen Minister und später Stellvertreter des Kanzlers mit dem Rechte der Nachfolge werden konnte, zwei andere aber nicht — Herr von Fördernscheid und noch jemand.“

Der „noch jemand“ soll offenbar Herr von Staubenberg sein. Ob dieser noch einmal Minister werden wird, ist schwer vorzusagen; doch aber Fördernscheid gegründete Annahme darauf hat, mehr oder weniger, dass sein Verhältnis zu einer in Zukunft einmal sehr maßgebenden Stelle kommt.

Die Rätsel der Freigießen Stiftung zur Belohnung treuer und unbescholtener Dienstboten, welche mindestens 20 Jahre hindurch bei einer oder doch nur bei zwei Dienstherren in dieser Stadt im Dienste gestanden haben, sind am 30. August d. J. im Verfahren von mindestens 30 A zu vertheilen. Exemplarsberechtigt sind nur wirkliche Dienstboten, d. h. solche, welche nur ausschließlichen Leistung baulicher Dienste gedungen sind und bei der Dienstherren Wohnung und Ross haben. Bewerbungen sind bis zum 30. d. J. unter Beifügung von Bezeugnissen der Dienstherren bei uns anzubringen. Später Anmeldungen sowie Bewerbungen von Dienstboten, welche aus obiger Stiftung bereits einmal belohnt worden sind, können nicht berücksichtigt werden.

Leipzig, den 8. Juli 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig. Richter.

Bekanntmachung.

Verschiedene bauliche Herstellungen, Anlegung einer Thonrohrschleuse, Anbringung einer Windfangstürre u. Reparatur einer Barade, d. h. Böschung — sollen im Wege der Submission vergeben werden. Offerten, versiegelt und mit der Aufschrift „Submission auf Baulichkeiten“ versehen, sind bis zum 12. Juli a. e. Mittwochs 10 Uhr an der abzugeben, sowie Contractbedingungen und Kostenanschläge vorher einzusenden und zu unterschreiben.

Submission.

Verschiedene bauliche Herstellungen, Anlegung einer Thonrohrschleuse, Anbringung einer Windfangstürre u. Reparatur einer Barade — sollen im Wege der Submission vergeben werden. Offerten, versiegelt und mit der Aufschrift „Submission auf Baulichkeiten“ versehen, sind bis zum 12. Juli a. e. Mittwochs 10 Uhr an der abzugeben, sowie Contractbedingungen und Kostenanschläge vorher einzusenden und zu unterschreiben.

Leipzig, am 7. Juli 1879.

Königliches Garnison-Kazemat.

Gegenüber der politischen Krise, welche durch den Rücktritt der drei hervorragendsten Vertreter der preußischen Krone auf die öffentliche Tageordnung gesetzt worden ist, tritt die wirtschaftliche Krise, in welcher wir seit nunmehr sieben Monaten stehen, wenigstens für den Augenblick in den Hintergrund. Was von gewissen Freunden des Reichstanzlers bisher hartnäckig gelernt worden — dass die wirtschaftliche Umkehr aus dem Bedürfnis des leitenden Staatsmannes nach einem politischen Systemwechsel und nach einer veränderten Gruppierung der parlamentarischen Parteien hervorgegangen ist — Das wird heute kaum mehr bestreiten werden können. Ist schon deutlich, dass Herr Friedenthal und Hobrecht ziemlich zweifelhaft, ob die Entlassungsgeschäfte derselben tatsächlich auf den Umschwung in der Wirtschaftspolitik des Kanzlers zurückzuführen sind, so steht in Bezug auf den Kultusminister unzweifelhaft fest, dass Derselbe sich um die Tarifangelegenheiten nie speziell gekümmert und nie den Anspruch erhoben hat, in den wirtschaftlichen Fragen ein entscheidendes Wort mitzutragen. Dr. Hall hat das am 20. Januar 1872 ihm übertrogene Portefeuille in die Hände des Kaisers und Königs zurückgelegt, weil nicht die Männer der von ihm begünstigten theologischen Richtung, sondern eine Anzahl entschiedener Gegner dieser Richtung durch Decrete vom 26. März 1872 den Bericht zwischen dem Consistorium und der Regierung zu vermittelnd und die Kirche überaupt für alle wichtigen Fragen bei der letzteren zu vertreten hat, durch die Erneuerung neuer weitgelder verhindert werden. Die meisten dieser Namen haben in den Kreisen der liberalen französischen Protestantischen Generalstaats-Chef von 1873 nicht mehr

ben, vor der deutlichen Überschreitung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Südsee-Inseln warnen. Die Ernennung des Marine-Captains Bembach zum deutschen Consul für die Samoa-Inseln und die umliegenden Inselgruppen wird der deutschen Regierung dort einen Vertreter geben, der ihr in völlig unabhängiger Stellung unparteiische Berichte erlässt kann, und wenn dieselben gleichfalls veröffentlicht werden sollten, werden die jetzt ins Publikum gebrachten Schilderungen sich auf ihr richtiges Maß zurückgeführt sehen.

In Folge der deutschen Reclamation wegen widerrichtlicher Aussetzung von drei deutschen Matrosen durch den Hafencapitain in Sulina hat die rumänische Regierung dem tschechischen Generalconsulat in Sulataz 3000 Francs Entschädigung für die Betreffenden eingezahlt. Der Hafencapitain wird vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Verhandlungen wegen Raubzügen zur Verhüttung ähnlicher Vergehen sind noch im Gang.

Das „Journal officiel“ veröffentlicht ein Decret des Präsidenten der französischen Republik, durch welches im Anschluss an einen Vertrag des Kultusministers Depêche der in Folge eingetretener Bacanen seit dem Jahre 1870 allmählig auf sechs Mitglieder zusammengeschlossene Central der reformierten Kirchen von Frankreich, der nach dem Decrete vom 26. März 1872 den Bericht zwischen dem Consistorium und der Regierung zu vermittelnd und die Kirche überaupt für alle wichtigen Fragen bei der letzteren zu vertreten hat, durch die Erneuerung neuer weitgelder verhindert werden. Die meisten dieser Namen haben in den Kreisen der liberalen französischen Protestantischen Generalstaats-Chef von 1873 nicht mehr

ben, vor der deutlichen Überschreitung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Südsee-Inseln warnen. Die Ernennung des Marine-Captains Bembach zum deutschen Consul für die Samoa-Inseln und die umliegenden Inselgruppen wird der deutschen Regierung dort einen Vertreter geben, der ihr in völlig unabhängiger Stellung unparteiische Berichte erlässt kann, und wenn dieselben gleichfalls veröffentlicht werden sollten, werden die jetzt ins Publikum gebrachten Schilderungen sich auf ihr richtiges Maß zurückgeführt sehen.

In Folge der deutschen Reclamation wegen widerrichtlicher Aussetzung von drei deutschen Matrosen durch den Hafencapitain in Sulina hat die rumänische Regierung dem tschechischen Generalconsulat in Sulataz 3000 Francs Entschädigung für die Betreffenden eingezahlt. Der Hafencapitain wird vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Verhandlungen wegen Raubzügen zur Verhüttung ähnlicher Vergehen sind noch im Gang.

Das „Journal officiel“ veröffentlicht ein Decret des Präsidenten der französischen Republik, durch welches im Anschluss an einen Vertrag des Kultusministers Depêche der in Folge eingetretener Bacanen seit dem Jahre 1870 allmählig auf sechs Mitglieder zusammengeschlossene Central der reformierten Kirchen von Frankreich, der nach dem Decrete vom 26. März 1872 den Bericht zwischen dem Consistorium und der Regierung zu vermittelnd und die Kirche überaupt für alle wichtigen Fragen bei der letzteren zu vertreten hat, durch die Erneuerung neuer weitgelder verhindert werden. Die meisten dieser Namen haben in den Kreisen der liberalen französischen Protestantischen Generalstaats-Chef von 1873 nicht mehr

ben, vor der deutlichen Überschreitung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Südsee-Inseln warnen. Die Ernennung des Marine-Captains Bembach zum deutschen Consul für die Samoa-Inseln und die umliegenden Inselgruppen wird der deutschen Regierung dort einen Vertreter geben, der ihr in völlig unabhängiger Stellung unparteiische Berichte erlässt kann, und wenn dieselben gleichfalls veröffentlicht werden sollten, werden die jetzt ins Publikum gebrachten Schilderungen sich auf ihr richtiges Maß zurückgeführt sehen.

In Folge der deutschen Reclamation wegen widerrichtlicher Aussetzung von drei deutschen Matrosen durch den Hafencapitain in Sulina hat die rumänische Regierung dem tschechischen Generalconsulat in Sulataz 3000 Francs Entschädigung für die Betreffenden eingezahlt. Der Hafencapitain wird vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Verhandlungen wegen Raubzügen zur Verhüttung ähnlicher Vergehen sind noch im Gang.

Die Untersuchungen der Blätter über den Ausgang des Prozesses Cassagnac laufen natürlich für das Ministerium, welches sich und der Kammer mutwillig eine solche Schlappe zugezogen hatte, nicht schmeichelhaft. Jedermann will jetzt diese Freiheit sprechen vorausgesetzt, dass nicht hindert, dass auch die Pariser Geschworenen harte Worte zu hören bekommen. Mehrere Beurteilungen, die sich für liberal ausgeben, wenden sich sogar an den eben mit der Ausarbeitung eines neuen Pregeches beschäftigten Konsul des Abgeordnetenhaus mit der Bitte, aus diesem Borgange die weise Lehre zu ziehen, dass Pregecher doch nicht vor die Geschworenen, sondern vor die Justizpolizeier gehörten. Der Grund, weshalb die Pariser Geschworenen den bonapartistischen Konsul freisprachen, war aber einfach der, dass sie, nachdem die Regierung unzählige andere objektiv strafbare Zeitungsartikel unverfolgt gelassen hatte, zu der Verurteilung eines Einzelnen, der notwendig ein tenenziöser Charakter anhaftete, nicht die Hand bieten wollten.

Bei der Fortsetzung der Berathung des Artikels 7 des französischen Unterrichtsgesetzes in der französischen Abgeordnetenkammer trat der Abgeordnete Keller (Legitimist) für die Erhaltung des öffentlichen Unterrichts durch Congregations und Jesuiten ein und verwarf sich momentan gegen den ihm gemachten Vorwurf, kein Franzose zu sein. Herr (Republikaner) wendete sich gegen die Erteilung des öffentlichen Unterrichts durch Deputen, führte Anklage aus verschiedenen Werken derselben an und schloß mit dem Hinweis darauf, dass es notwendig sei, die Jugend einem solchen Unterricht zu entziehen.

Wie der „Boss. Atz.“ aus Rom geschrieben wird, stehen in dem diplomatischen Personal des Vaticans wichtige Veränderungen bevor. Es scheint die Rückberufung des Pariser Konsuls Meglia, der zu sehr mit Marcelli Mac Mahon stand und sich mit Greve nur schwer befremdet fand, bevorzugt zu sein. An seiner Stelle, glaubt man, würde der Brüsseler Konsul ernannt werden. Auch Monsigneur Gattani, der Madrider Konsul, wird abberufen werden, da er sich die Sympathien des Königs Alfonso nicht

erwerben kann. Beide diplomatischen Vertreter der Enie werden in dem vermutlich im September stattfindenden Consistorium den roten Hut erhalten. Der Papst sowohl wie der Cardinal Hergenröther halten davon fest, dass eine Vereinigung zwischen Deutschland und der katholischen Kirche demnächst bevorstehe.

Noch glaubwürdigster Quelle — so wird dem „Deutschen Montags-Blatt“ aus Petersberg telegraphiert — ist der vielgenannte Dr. Weimar jetzt überführt, an den Verbrechen der Social-Revolutionäre den regsten Anteil genommen zu haben. Er wurde derselbe zum Tode durch den Strom verurteilt. Man weiß jetzt, dass Weimar den Revolver kaufte, mit dem das Attentat auf Kaiser Alexander durch Solowjew ausgeführt wurde; er verschrieb ferner für Solowjew das Gesetz; ihm gehörte ursprünglich das Wogenpferd, mit welchem die Mörder Weimars ihre Flucht möglich machen; er verbreitete nützliche Druckstücke u. dgl. Die Execution soll schon in den allerndächtesten Tagen vollzogen werden.

Fürst Alexander von Bulgarien ist nach der Abdankung durch den Sultan nach Varna abgereist. Der Großvize Rheyreddin Pascha hat die Befehle der auswärtigen Mächte davon benachrichtigt, dass er mit der Ernennung von Kommissaren für die griechische Grenzregulierungsfrage durchaus einverstanden sei; da aber mehrere Beamte diese Mission ablehnen hätten, so sei dem Sultan die Frage unterbreitet worden, welchen nunmehr andere Kommissare ernennen werde. — Wie verlautet, wäre der ehemalige Sultan Murad in Folge ihm zugegangener alarmanter Nachrichten über militärische Maßnahmen auf einem nach dem Marmarameer abgehenden Schiffe entflohen. Es seien bereits mehrere Schiffe untersucht worden.

Die Schweizerischen Ultramontanen geben wieder allerlei unzulässige Lebenszeichen. Im Tessin scheint eine Korrespondenz der „Boss. Atz.“ folge, ihre Herrschaft jetzt so weit eingekämpft, dass sie auch ohne Mitwirkung der Liberalen regieren zu können glauben. Sämtliche noch im Amt befindliche Liberalen sind ohne jede Vorbereitung mit Ablauf ihrer Amtszeit entlassen worden. Im Kanton Freiburg beachtigen die Ultramontanen, die höheren Schulen von allen Lehrkräften zu befreien, die in religiöser Beziehung nicht ganz zweifellos sind. Damit man dabei nicht mit der Bundesversammlung in Conflict gerate, will man einen Umweg zur Errichtung dieses Ziels betreten, und dieser liegt darin, dass man auch für die höheren Lehrerstellen periodische Erneuerungswahlen einführt. Ist das Gesetz angenommen, dann werden die Wahlen nicht lange auf sich warten lassen und sicher manchen freisinnigen Lehrer aus seiner Stellung bringen. Im Kanton Wallis führen die Ultramontanen eine lebhafte Polemik gegen die gemischten Schulen. Von der Schulgenossenschaftsvereinigung der Stadt St. Gallen wurde, den Vorschriften der Bundesversammlung entsprechend und über diese hinausgehend, im Mai beschlossen, die bisherige Trennung der katholischen und reformierten Volk- und Real-Schulen aufzuheben und sie in eine gemeinsame, confessionsklasse aufzugeben zu lassen. Dagegen protestierte der katholische Administrationsrat und Bischof Greith und zwar zur Wahrung des religiösen Friedens der beiden kirchlich anvertrauten katholischen Jugend. Die Motivierung dieser Proteste bemüht sich im Rahmen schon oft gebräuchter und widerlegter Gründe gegen die confessionsklasse Schule. Wahrscheinlich wird es bei dem Gesetze verbleiben, da die Gemeinde dazu competent war und keine verfassungsmöglichen Rechte dabei verletzt hat.

Einer aus Weimar.

Da liegt in dem Weimarschen Kreisblatt — Preis monatlich 30 Pfennige — Einer, der am 22. Juni einem Aufsage des Weimarschen Gewerbevereins zur Kunstgewerbe-Ausstellung nach Leipzig beigebracht hat, uns schön den Text. Nun